

Volkstimme

Eingangsnummer 30 Bfg.

Sozialdemokratisches Organ für den Bezirk Halle

Redaktion: Halle a. S., Gr. Braubaustr. 17.
Fernspr. 6302. Sprechstunde täglich von 11-12

und sämtliche Unterbezirke (Kreise) im Reg.-Bez. Merseburg. Erscheint täglich außer Sonn- und Feiertagen in Halle a. S., Sonnabends mit der illustrierten Beilage „Volk und Zeit“, sowie wöchentlich abschließend: „Die Frauenwelt“ und „Für die arbeitende Jugend“.

Verlag u. Expedition: Halle, Gr. Ulrichstr. 27.
Fernspr. 5407. Postfachkonto Erfurt Nr. 11092

Nr. 175

Bezugspreis: Durch Vorträger zugestellt monatlich 6,00 Mk., einschließlich Erwerbsteuern. Für Abnehmer 5,50 Mk. Durch Postweg im Vierteljahr 18,- monatlich 6,00 Mk. einjährig 60,-.

Halle, Freitag, den 29. Juli 1921

Wagenpreis: Im adligepost. Anzeigenteil kostet das Millimeter 60 Pf., bezüglichen Reklame im dreifachfachen Betrag 2,50 Mk. Gehalt der Anzeigen-Verträge für die nächste Ausgabe morgens 9 Uhr.

5. Jahrgang

Vor der Entscheidung.

Berlin, den 27. Juli.

Am morgigen Tage soll das Reichskabinett über die neuen Steuerentwürfe Beschlüsse fassen, um sie alsbald dem Reichsrat und dem Reichswirtschaftsrat zuguleiten. Es sei deshalb noch einmal in aller Schärfe herausgearbeitet, worum es sich handelt.

Der Rotzettel wird im Laufe des nächsten Jahres sich mindestens verdoppeln. Deutsches Getreide im freien Handel wird bestimmt mindestens so teuer wie Auslandsgetreide. Ebenso werden die Mehlpreise beträchtlich steigen und zahlreiche neue Steuern den Lebensunterhalt verteuern. Diese Umstände werden allgemein zu Erbitterungen der Masse und Gehälter zwingen auch bei den Staatsangestellten und Staatsbeamten. Auf der anderen Seite werden die Einnahmen des Staates aus der Einkommensteuer durch das nominelle Wachstum der Einkommen sich erhöhen. Wie sich bei diesen vielen Unsicherheitsfaktoren die Bilanz des inneren Staates gestalten wird, sei es mit diesen oder jenen neuen Steuern, kann kein Sterblicher voraussagen.

Voraus ist es jetzt anzunehmen, ist etwas ganz anderes: die Zahlung der Reparationen. Auch für diese ist es völlig gleichgültig, welche neuen Steuern eingeführt werden und was sie einbringen. Denn die Alliierten wollen nicht Papiermark, sondern Gold oder Goldbesitz.

Wie kann sich Deutschland diese verschaffen? Auf die Dauer nur durch einen Auswärtigen Handel in Höhe des Reparationsüberschusses. Gegenwärtig stellt sich nur dieser Überschuss, sondern es übersteigt vielmehr der Einfuhrüberschuss weitens den Ausfuhrüberschuss. Daraus können die Reparationen nur geleistet werden, wenn es im Laufe der Zeit gelingt, den Export der deutschen Wirtschaft ganz weitens zu erhöhen. Dazu bedarf es aber unter allen Umständen einer Wampause von etwa 5 Jahren. Die Entente denkt nicht daran, uns solange die Entschädigungszahlungen zu funden. Was also tun?

Seit dem Mai hätte sich das Kabinett Wirth damit, daß es kurzfristige Anleihen aufnimmt und deutsche Papiermark im Ausland verkauft. Auch das ist letzten Endes eine Kreditaktion, der auf das deutsche Goldvermögen hin gewährt wird. Aber dieser schwachfundierte Kredit ist teuer und keineswegs unerlässlich. Soll über das Jahr 1921 hinaus erfüllt werden, muß ein anderer Weg gefunden werden, um uns die Goldbesitz zu verschaffen.

Nun hat Dr. Helfand-Baron vorgeschlagen, daß die führenden deutschen Industrien einschließlich der deutschen Eisenbahnen sich zu einem Konzern zusammenschließen sollen, der einen Wiederaufbau und Reparationskredit großen Stils aufnimmt. Ein großartig gedachter Plan, aber schwerlich in kurzer Frist durchzuführen. Und Deutschland hat Eile; denn hinter ihm steht die Reichsregierung des Gläubigers.

Wird also nur die Erfüllung der Goldwerte. Das Reich nimmt sich einen Anteil an den Häusern, den Grundstücken, den Fabriken und den Banken und bezieht oder verpfändet ihn oder äußert sich in der Verkauf. Das ist gewiß nicht angenehm, weder für die deutsche Nation, noch für die betroffenen Besitzer, aber es ist der einzige Weg der Erfüllung. Wer einen anderen weiß, mag ihn nennen; wir haben bisher noch keinen Vorschlag gehört, sondern bloß hässliche, blöde, herabsetzende Kritik, Auswüchse angrenzender Eignungen.

Das R. Wirth in seiner letzten Reichstagsrede gesagt hat, soll alles gut und schön sein. Berechtigung des Reichswirtschaftsrates, Erhöhung der Gesellschaftsteuer, Erhöhung der Börsensteuer, Süßstoffmonopol und ein halb Dutzend neuer indirekter Steuern — oder war es ein ganzes Dutzend? — sind alle Steuerentwürfe, über die im Herbst der Reichstag ruhig beraten mag. Nur bedarf man damit angeht, daß der Herr draußen den Feuerlöscher sowie die Welle wieder mit Sicherheit das innere Gefäß, noch weniger man damit auch nur das geringste für die Zahlung der Reparationen. Morgen muß sich das Kabinett Wirth entscheiden: mit der Erfüllung der Goldwerte kann es ein Kabinett der Erfüllung werden; ohne sie ist es sicher ein Kabinett des Bankrotts, das noch glücklicher scheitern wird als das Kabinett Helfand-Baron. Mut, Bürger Wirth, Mut!

Seine Beratung des Reparationsauschusses.

Eine Anzahl von neuen Steuerentwürfen sind inzwischen fertig gestellt und vom Kabinett genehmigt worden. So ist ein Entwurf über die Bier-, Mineralwasser-, Tabak-, Zündholz- und Kraftfahrzeugsteuer dem Reparationsauschuss des Reichswirtschaftsrates zugegangen. All diese Entwürfe sind zur weiteren Prüfung dem Untersuchungsausschuss für die Umfassung überwiegen worden, der sie unter Erhaltung von Sachverständigen beraten wird. Da die Beratung sowohl der genannten, als auch der noch zu erörternden Steuerentwürfe

sehr dringlich ist, hat der Reparationsauschuss die Wächter, sich für den Monat August zu verlegen, fallen lassen; er wird seine Arbeiten ohne Unterbrechungen fortsetzen.

Aus dem Umfassungsausschuss.

Der Umfassungsausschuss des Reichswirtschaftsrates hat in verschiedenen Sitzungen, die bei dieser Angelegenheit in Betracht kommenden grundlegenden Fragen beraten. Da das Reichskabinett selber den Gesetzentwurf über die Umfassungsteuer noch nicht fertiggestellt hat, hat der Ausschuss sich verlegt, bis diese Verhandlung erfolgt ist. Er wird sodann in die Weiterberatung eintreten und hat beschlossen, aus allen Wirtschaftskreisen Sachverständige zu ernennen, damit diese alle Produzenten- und Konsumenten-Kreise hart treffende Steuer in ihrer weitgehenden Wirkung auf das Wirtschaftsleben nach jeder Richtung hin untersucht wird.

Der zuverlässige Rathenau.

Berlin, 29. Juli. (WZ.) Im Reparationsauschuss des Reichswirtschaftsrates gab Minister Dr. Rathenau einen Bericht über die gut fortgeschrittenen Verhandlungen, die sich hauptsächlich um die Finanzierung betrafen. Bei den Leistungen, die in Ware zu geschehen haben, werde man die freien Handelsgüter lassen. Hierbei soll eine möglichst gleichmäßige Verteilung nach Ländern wie nach Berufsständen erfolgen unter Einwirkung von Leistungsverbänden. Bei unzulänglichen Preisen im Lande des Gegners würde das Reich zu den Preisen zu suchen müssen, um den Lieferanten Schadlos zu halten. Andererseits werden übermäßige Gewinne aus sehr günstigen Preisen einem Ausgleichsstand zuzuführen. Alle Leistungsverbände werde man zu einem Selbsternerkennungsorgan zusammenfassen müssen, der selbst die ihm zuzulegenden Aufträge zu übernehmen haben würde, und sie zur Ausführung verteilen sollte. Hierbei handle es sich nicht um das System der Kriegsgesellschaften. Die Ausführungen des Ministers waren getragen von der Verantwortlichkeit für die Erfüllung der übernommenen Verpflichtungen, der Wächter der Anpassung an die Leistungsfähigkeit unseres Landes und der Hoffnung auf einen gemeinsamen, wirtschaftlichen Wiederaufbau.

Oberschlesien und die Reaktion.

(Von unserem Oppolzer Korrespondenten.)

In einem früheren Artikel waren die sozialen Folgen getreift worden, die ein Verlust des ober-schlesischen Industrieerbes für das Reich nach sich ziehen würde: die Schließung von Fabriken aus Kohlenmangel, Einströmen von Massen qualifizierter Arbeiter u. dergl. Aber nicht nur mit der sozialen Struktur, sondern auch mit dem Gefüge der inneren Politik ist die Frage unlöslich verbunden. Die wichtigste Folge auf diesem Gebiete wäre sicherlich ein schwerer reaktionärer Rückschlag.

Einen ersten Hinweis geben die Verlautbarungen, daß das Erfüllungskabinett nach einer ungeredeten Entscheidung sich nicht würde halten können. Die gerechte Empörung über die Ungerechtigkeiten der Franzosen kann sich gegen diese nicht erheben, der Prügelknabe wäre also sicher der Regierungsbild. Man hat ja an den letzten Reichstagswahlen die bittere Erfahrung gemacht, daß breite Wählermassen für eine Politik der Verantw. des Gefühls nicht reif sind, sondern eine Politik des Gefühls treiben, daß sie die republikanischen Kontroversen verantwortlicher machen für die hinterlassenen Schäden der Monarchie und für die Unbarmherzigkeit der Gläubiger. Ein Bild in die Presse der Rechten zeigt, daß diese auch jetzt wieder ihren Vorteil in dieser Hinsicht ausnutzen. Sie legt einfach Berlin zur Last, was Paris antwortet. Jeder Verantwortungsbewußt glaubt sie frei das herausreden zu dürfen, was auch viele von uns auf dem Herzen haben. Der politische Whistleblower aber nennt dieses zweideutige Polio-schimpfen „Mut“, er läßt sich dadurch imponieren und freut sich darüber. Wenn man sich gegen Freigeist nicht wachen kann durch kritische Gegenstände, so erleidet man das Gemüt meistens einige kräftige Schlagworte. Die großen Schären der Unpolitischen sind sich heute schon mit der Rechten einig, und deren früh-frühliche Schimpfpannen gegen die Pariser Politik finden schon zu viel begeisterten Widerhall. Große Worte kosten ja nichts.

Doch, die Kosten der Allgemeinheit um so mehr! Der Widerhall jener gefühlsmäßigen Nationalisten ist der einzige Faktor, den die französischen Nationalisten mit einem Berechnung des Welt als Grundbedingung vor-

weisen können. Wenn die französische Heerpresse mit ihren Verdrehungen des Abstimmungsbeschlusses, mit der Umdeutung der gesamten Reichsfrage nicht mehr weiter weiß, wenn ihr die eigenen Bundesgenossen nicht mehr glauben, dann rückt sie an mit ihrem schweren Gehörg: mit der Wiedergabe jener deutschen Schimpfpannen! Dann schlägt sie die deutsche Empörung aus, malt den Revanchetrieb aus, für den das Industriegebiet die Rüstmaterial abgeben sollte. Nun, wir können nur immer wieder betonen, daß weder Oberschlesien noch der Berliner Regierungsbild die Rüstindustrie zu liefern Zweck brauchen wollen, und daß Oberschlesien sich nicht einmal für die Lotteriewirtschaft des Handels rächen könnte, selbst wenn es das wollte. Aber andere Verhältnisse verhalten unter dem Gebote der Chauvinisten.

So arbeiten, ganz wie im Kriege, die Hegeer haben und drücken füreinander. Die deutschen Schreihähne liefern den Vorwand zu einer Vergewaltigung Oberschlesiens; und sollte den Franzosen dies gelingen, so hätten im Reich den Vorteil davon die Reaktionäre, die d. h. eben jene Schreihähne.

Im Revier hat die Bevölkerung für die preussische Reaktion alten Stils niemals etwas übrig gehabt. Diese trägt ja mit die Hauptlast an den Erfolgen der polnischen Agitation in Oberschlesien in den letzten 1 1/2 Jahrzehnten. Ohne Diktatorpolitik kein Revanche — Das Wort ist ebenso wahr wie das andere: Ohne die Rückgabe keine Wetterle. Um so trauriger, daß gerade Oberschlesien der Spielball der Reaktionäre geworden ist.

Das ganze Gebiet ist sich einig darin, im Falle des Scheiterns beim Reiche alle Reste des alten, hier doppelt verhassten preussischen Regimes auszumergen. Daß man die Hand bieten würde zur Förderung reaktionärer Revanchepläne, dies kann kein Kenner der Verhältnisse mit gutem Gewissen behaupten.

Wenn es den Franzosen nur einigemmaßen ernst ist um eine freiwillige Verständigung mit Deutschland, wenn sie nur einigen Wert legen auf das Fortbestehen des deutschen Freiheitsraums, dann dürfen sie das höchste Recht nicht anrufen, das Verfallens uns übrig gelassen hat. Wenn Deutschland nicht andere Erfahrungen mit den Franzosen macht als nur immer die Ausbreitungen rücksichtslos in die Macht greifen, dann werden die deutschen Vertreter des Reichstages immer mehr an Einfluss verlieren, dann muß schließlich die Reaktion des Machtgebens, der Vergewaltigung Oberschlesiens arbeiten für den imperialistischen Umsturz in Deutschland, für den Sieg der Reaktion. Es scheint wirklich den Herren Briand, Le Rond, Loucheur nicht eher wohl sein, bevor sie nicht die Helferricht, Lüttich, Stinnes zu Gegenstrahlen bekommen. Es ist ein munteres Spiel mit dem Feuer. Den Brandbrennen aber tragen die Unschuldigen, die Oberschlesien und die deutschen Republikaner.

Idiotie der Landesverrat?

Im Berliner Lokalanzeiger veröffentlicht Frau Dr. Käthe Schimader, die bekannte deutschnationale Agitatrice, einen besessenen Artikel unter dem Titel „Schützenfest“, der in dem Vorhange gerät, mit recht viel Trommeln und Bläsern nach der Melodie des „Deutschland, Deutschland über alles“ als Nation einbüßig in die Tiefe zu fahren. In diesem Artikel steht an der Spitze eines Ab-lages recht auffällig:

„Und Oberschlesien, unsere letzte Waffenschmiede?“
Bekommt Frau Dr. Schimader von Frankreich das Recht, daß sie Briand für die bevorstehende Konferenz das Stichwort von Oberschlesien als Waffenschmiede liefert? Treibt sie also gemeinlich Landesverrat oder ist sie von Natur so blödsinnig idiotisch, daß sie nicht merkt, wie sehr sie mit solchem Unsinn das Spiel der Polen spielt und Deutschlands Interessen in Oberschlesien mit Füßen tritt? Und gibt es wirklich keine Strafe für ein deutsches, für ein Berliner Blatt, das solche landesfeindliche Niedertracht zu verbreiten mag?

Deutsche Parlamentarier bei der interparlamentarischen Union.

Berlin, 28. Juli. (T. U.) Als deutsche Delegierte werden folgende Parlamentarier zur Stockholmer Tagung der Interparlamentarischen Union vom 16. bis 20. August gehen:

Graf Bernstorff, Professor Gieshoff, Reichspostminister Giesberts, Minister Hilbrandt, Frau Zuchacz, der früherer Außenminister Dr. Köhler, Reichspräsident Loebe, der frühere Reichsminister Hermann Müller, Dr. Pfeiffer, Professor Schilling, Warmuth.

Gegenseitiges Nachgeben.

Paris, 26. Juli. (M. E. P.). Wie der diplomatische Mitarbeiter der Associated Press mitteilt, hat er nach Schluß des heutigen Ministerrates den Eindruck gewonnen, daß das französische Ministerium den Wunsch habe, die Auseinandersetzung zwischen Paris und London über die oberflächliche Frage nach dem Ende zu führen. Was die Frage der Verhältnisse anlangt, so sei man der Ansicht, daß auf dem Wege der gewöhnlichen Angelegenheiten eine Lösung gefunden werden könnte. Es sei nicht unmöglich, daß man sich sofort über eine Übergangsfrist einigen werde, die auf einem normalen Wege leichten gegenseitigen Zugewinns die Zustimmung der interessierten Mächte finden könne. Die Lösung werde jedenfalls darin bestehen, daß sich England dem französischen Schritt in Berlin anschließe, damit die deutsche Regierung alle nötigen Vorkehrungen für die Beförderung der Truppenanordnungen treffe. Nachdem diese Bemerkungen gemacht seien, wurde eine Aufgabe des Besonderen Wertes sein, wenn es nötig wäre, Zeit zum Weiterarbeiten der Verträge zu bestimme. Dieses Verhalten könnte den Vorteil haben, daß es den berechtigten Wünschen der französischen öffentlichen Meinung Rechnung trage und gleichzeitig die Dualität als eine Verbindung der französisch-englischen Solidarität angesehen werden.

London, 26. Juli. Reuter meldet: Das Kabinett entwarf gestern die Antwortrolle auf die französische Mitteilung über Oberbefehl. Die Auffassung der britischen Regierung geht dahin, daß die gegenwärtigen Abereinigungen aufrecht erhalten aber dem französischen Wunsch gemäß geändert werden sollten, unter der Voraussetzung, daß der Grundhaß des Zusammenstehens der Alliierten angestrichelt bleibt. Die französische Anweisung, der britische Botschafter in Berlin hätte die deutsche Regierung ermutigt, eine Frankreich feindliche Haltung einzunehmen, wird widerlegt.

Die australische Reichswehr.

Zu den künftigen Zusammenstößen zwischen Reichswehr und Schutzpolizei in Settun wird uns nach folgendes bekannt: Die Frontiersoldaten nahmen schon seit Tagen ein überaus provozierendes Verhalten den Polizeibeamten gegenüber ein, zeigten sie durch Schimpfworte und die Aufzorderung an den Aufbruch, den Anordnungen der Beamten nicht Folge zu leisten. Bei einem Wortwechsel zwischen einem Beamten und einer Zivilperson kam es dann im Interesse der Regelung des Verkehrs zu polizeilichem Einschreiten. Dies letzteres ist zunächst lediglich auf die Personalien beschränkt, die jedoch in den meisten Fällen verweigert wurde und deshalb erzwungen werden mußte. Es liegen zuverlässige Nachrichten vor, daß der Zusammenstoß am 20. pfennigmäßig von den Distrikten vorbereitet war.

Der Grund für das Verhalten der Reichswehrtruppen ist noch nicht völlig geklärt; man nimmt jedoch an, daß er in der bevorstehenden Auffassung der Militärgerichtsbarkeit zu finden ist, wodurch die Reichswehrtruppen der Zivilgewalt und damit der Polizei als Schutzorgan überwiegen würden. Dies dürfte offenbar den meist jugendlichen Angehörigen des Reichswehr-Pionierbataillons nicht, um so weniger sie durch Gewalt diese Maßnahmen zu vereiteln.

Nach dieser Darstellung erscheint es um so angebrachter, daß das Reichswehrministerium eine eingehende Untersuchung eines Waffens der Angelegenheit und Befragung der Schuldigen einleitet.

Deutsche Hilfe für Rußland und die U. S. A.

Die unabhängige Parteipresse veröffentlicht einen Aufsatz des Zentralkomitees ihrer Partei, in welchem zur Hilfeleistung für die hungernde Bevölkerung Rußlands aufgerufen wird. Vorgeschieden werden als Mittel zunächst die Aufbringung eines Teiles des im Monat an das Zentralkomitee der U. S. A. übergebenen Geldes der Arbeitervereine aufgerufen, sich der russischen Kinder zu nähmen. Der Aufruf tritt für eine gemeinsame Hilfsaktion aller sozialistischen Parteien und der Gewerkschaften ein. Das Zentralkomitee setzt seine Bemühungen fort, eine solche Aktion herbeizuführen.

Somit, so schon. Die unabhängige Partei hat aber nicht weniger Vertrauen zur Durchführung ihrer Vorhaben. Was kommt zum Ausdruck bei ihrer Botschaftung

des kommunistischen Aufrufs zur Hilfe für Rußland. Von diesem Aufruf ließe sich erkennen, daß er vor allem an die Regierungen der für die U. S. A. liegenden Staaten appellieren wird. Denn die sozialistische Gewerkschaften würden so formuliert: Bangsichtige Arbeiter, Getreidelieferungen, Hilfsmittel-Sendungen, Überführung russischer Kinder nach anderen Staaten, Einräumung von Anlaufstellen für die Ausfuhr nach Rußland. Nachdem die U. S. A. dies erkannt hat und noch hinzuzufügen die deutsche Arbeiterklasse wird Garantien fordern müssen, daß die Hilfsaktion nicht zu einem Parteigeschäft der schwundfüchtigen K. P. D. wird, jammert sie aber gleich anschließend darüber, daß die U. S. A. praktische Schutzleistungen aus dem Aufruf der K. P. D. jagt und folgende Stellung einnimmt:

Die Zentrale der K. P. D. hat an den Vorstand der Sozialdemokratischen Partei ein Schreiben gerichtet, in dem sie eine gemeinsame Aktion der Gewerkschaften, der Sozialdemokratie, der Unabhängigen, der Kommunisten und der kommunistischen Arbeiterpartei zugunsten des hungernden Rußlands ansetzt.

Der Parteivorstand hat sich in seiner heutigen Sitzung mit dieser Anregung beschäftigt und ist dabei zu dem Ergebnis gekommen, daß die in Vorbereitung befindliche Hilfsaktion durch jede Art politischer Einschaltung nur geschädigt werden kann. Die Partei betrachtet diese Aktion als eine Sache der Wohlthätigkeit, sie wünscht sie und erwartet, daß sich an ihr auch Kreise beteiligen, die außerhalb der genannten Verbände stehen. Dies wird sich aber an der allgemeinen Hilfsaktion mit besten Kräften beteiligen und ist bereit, Delegierte in das zu bildende allgemeine Hilfskomitee zu entsenden. Die kommunistische Zentralleitung lehnt sie ab. Das soll nach der unabhängigen Partei die Beteiligung der gemeinsamen Hilfsaktion sein.

Es sind noch widersprüchliche Gerüchte, die Unabehängigen. Ueberall machen sie die fürchterlichsten Vorwürfe, und wer da nicht mitmacht, der verzieht dem Bürger eine Feindschaft. So steht man vorerstens gefahren wieder.

Unabhängige Querschnittspolitik.

Unter der Überschrift „Rechtssozialistische Sehnacht nach der Stimmenspartei“ schreibt gestern die „Unabhängige Volkszeitung“:

„Der Reichstagsaufruf der SPD. in Frankfurt a. M. sollte der „Volksstimme“ zufolge folgenden Inhalt haben: „Der Reichstagsaufruf fordert den sofortigen Austritt der Sozialdemokratie aus der Reichsregierung.“

Das ist nicht leicht für die Reichsregierung zu verstehen, denn die Sozialdemokratie ist ein Teil der Reichsregierung, und unter Auslösung der Volkspartei auflösen kommt.

Der Reichstag unter allen Umständen zu Steigerung gehen zu wollen, zeigt, daß auch die sonst immer so radikal tumben Frankfurter SPD-Vertreter keine grundsätzliche Arbeiterpolitik, sondern nur eine Vertriebspolitik mit den Stimmensparteiern betreiben wollen. Die preußischen Minister sind für grundsätzliche Ziele, im übrigen ist die Anlieferung, die man bei Steigerung der Reichsregierung betreiben würde, wirtschaftlich ein hartes Stück.

Wir fragen uns, als wir das lasen, unwillkürlich, ob der Wahnwitz dieser Vorstöße bei der Hilfe nicht für einen über den Durch getrunken hätte, daß er den Rücken den er ertrug, nicht merkt? Oder wie könnte er die Lebenskraft seines Klattes ein? Wir sind überzeugt, es ist vernünftiger wie der Beobachter und sieht klar und deutlich, daß dieser Aufruf ein Vorstoß gegen den Steigerungspolitiker ist, der ausserhalb mehr praktische Bedeutung hat als die ganze unabhängige Querschnittspolitik.

Stitten.

Konflikt im Thüringischen Landtag. In der Donnerstag-Sitzung des Thüringischen Landtages erklärte nach Ablehnung des Grundgesetzgesetzes durch die Reichsversammlung und die Kommunisten der Staatsminister Dr. Baumbach: Die Staatsregierung ist gezwungen, zurückzutreten. Hieran schickten die Unabhängigen den Antrag auf Auflösung des Landtages. Der Antrag wird am Sonnabend behandelt werden.

Ein Verleumdungsprozess. Der Schriftsteller Lederer, der letzte Weidmann einen geschändeten Brief des Reichstagsabgeordneten Dr. Baumbach hatte, in dem dieser in unangenehmer Weise sich über die Reichsregierung äußerte, wurde während und vor dem Verleumdungsprozess, erhielt drei Wochen Gefängnis.

Eine Schenkungserklärung von sieben Millionen an das Reich. Die Staatsverwaltung wird für den Schaden in dem Revier der Oberförsterei Schwetzingen, der durch das auf dem Schief-

platz Altengraben entstandene Großfeuer verursacht worden ist, eine Schadenersatz von sieben Millionen ante Reich fordern. Als groß der dem Reiche selbst entstandene Schaden sein wird, auch noch festgestellt werden, es dürfte aber nicht weniger sein.

Die Kisten kaputtieren. Nach dem „Dalln Express“ hat die tüchtige Kisterung um die Vermittlung der Alliierten erstucht, um dem griechisch-türkischen Kriege ein Ende zu machen.

Die Kisten rücken weiter. Vor der Stationierung der Alliierten von Anzora wurde reitungslos die antedische Offensiv als rechtzeitig unterbrochen dargestellt und die griechischen Beute- und Gelangeneinheiten als weit übertrieben bezeichnet. Das in seiner Kommissar unabweisbar tüchtige Heer werde jetzt durch neue Disposition zu neuen Aufgaben gerückt. Ein Aufruf kam von den Kisten, die die Alliierten in der Offensiv zur Teilnahme am Kampfe um den anatolischen Boden auf.

Gewerkschaftliches.

Zum Generalstreik im tschechoslowakischen Berggewerbe.

Hilfsaktion der Konfessionslosen-Internationale.

Der Generalstreik, der nunmehr bereits fünf Wochen dauert und von beiden Seiten mit außerordentlicher Erbitterung geführt worden ist, hat sich in den letzten Tagen ungemein verschärft. Der Grund dafür ist die Faltung des Konfessionslosenverbandes, der ein zweites Mal sich geneigt hat, an den durch das Ministerium für soziale Fürsorge in Prag angebotenen Verhandlungen teilzunehmen, der aber dafür an die unbewohnten Angelegenheiten das unvergütete Anstehen stellte, daß die Dienstverpflichtung, die der Konfessionsverband der tschechoslowakischen Organisation auszuweisen verweigert hatte und dements wegen die tschechoslowakische Organisation (Soudruhi) in den Streik getreten war, von beiden Arbeiterorganisationen (Soudruhi) in Verbindung mit der Unterzeichnung werden sollte. Während wollte der Konfessionsverband so tätig sein, die Bedingungen bekanntzugeben, unter denen eine Wiederaufnahme der Arbeit durch die Streikenden geschehen könnte. Dabei war jenseitig die Entzerrung der führenden Ränge in der Organisation sowie des gesamten Betriebsamnerkörpers gedacht. Die Entzerrung, die diese Umwertung auf der Seite der Arbeitnehmer ausgelöst hat, ist eine ungewisse gewesen und die Entschlossenheit der Streikenden durch die Haltung des Konfessionsverbandes nur noch gewachsen. Bis jetzt hat es dem Konfessionsverbande nicht genügt, daß er hinterlistige Telegramme in die Prager fandte, der Streik hat beendet, die Angelegenheit möge die Arbeit wieder aufgenommen, daß er jungen tschechoslowakischen Bergarbeitern 10 000 Kr., älteren solche bis zu 100 000 Kr. befristet hat, um sie zum Streikbruch zu verleiten, daß er die streikenden Profiteure durch Entziehung der Profutura würde zu machen beabsichtigt, andere wieder verspricht, sie zu Direktoren zu machen, falls sie die Arbeit aufnehmen würden. Es sind sogar verabschiedene Fälle zu verzeichnen, wo Söhne von Direktoren, dem väterlichen Gebote zum Trotz, fest in der Reihe der Streikenden verblieben und Töchter von Verwaltungsräten ihren Angehörigen, die sie zur Arbeit drücken wollten, erklären, in der Bank zu arbeiten, während sie in Wirklichkeit fest streiken. Beide Parteien sind sich der Tatsache bewußt, daß es sich um ein entzerrtes Ringen handelt. Dies kam auch in einer Parlamentsdebatte zum Ausdruck, die gegen den Widerstand der tschechoslowakischen Parteien erzwungen wurde.

In einzelnen Klüften in der Provinz ist die Arbeiterkraft gegen die wenigen Streikbrecher (Soudruhi) und die Direktoren, die die Kassen offen halten, spontan vorgegangen, indem sie die Betreffenden aus den Betrieben herausgeholt hat. Alles dies sind Zeichen einer Jähwipfung der Lage.

Der Kampf selbst hat die kämpfenden Ungeheuerorganisationen bereits über 2 1/2 Millionen Kronen gekostet; ungefähr der gleiche Betrag steht noch zu ihrer Verfügung.

In Unabracht dieser Situation haben die in der Konfessionslosen-Internationale zusammengeschlossenen Konfessionslosen-Organisationen, nachdem man in der Schweiz, Belgien, Frankreich, Polen und Dänemark in dieser Beziehung bereits vorangegangen ist, generell den Beschluß gefaßt, das für so langen, daß der bewundernswürdigen Kampf der Konfessionslosen in der tschechoslowakischen Republik nicht aus Mangel an Mitteln verloren geht. Aus diesem Grunde veröffentlicht der Allgemeine Verband der Deutschen Konfessionslosen an der Spitze der heute erschienenen Nummer 14 seines Verbandsorgans einen eindringlichen Appell an alle Konfessionslose Deutschlands zur Stärkung des Kampffonds der streikenden Kollegen. Der Aufruf schließt mit den Worten:

Kinderschuhe billiger!

Braune Kinderschuhe, aparte Formen, in den Größen 18-24, ... 44,- an
 Sandalen aus bestem Rindleder, in den Größen 35-46 vorrätig ... 42,- an
 WeissLeinen Damen-Schnarschuhe, Derby, in den Größen 36-40 ... 58,-

Ausnahme-Angebot!
 Garantie: Leder in guter Verarbeitung

Eleg. Damen-Schnarschuhe, Chromleder, echte Lackkappe 108,-
 Eleganter Damen-Gesellschaftsschuh, echte Lackkappe 122,-
 Vornehm. Herren-Promenadenschuh, echt R.-Chevreau, Original Rahmenschuh 178,-



„Wenn die deutschen Vorkriegsstellungen in diesem Augenblick den Beweis dafür geben, daß ihre Solidarität über die Grenzen des Landes hinaus allen Arbeitnehmern des Vaterlandes gilt, werden die Vorkriegsstellungen in den anderen Ländern sich dieser Tatsache erinnern, wenn wir erneut die Forderungen sind, gegen das deutsche Vorkriegskapital in den Kampf zu gehen.“

Darum gibt reichlich, geht schnell und beweist, daß eure Sympathie mit den kämpfenden Völkern nicht in Worten erschöpft, sondern auch in Taten besteht!“

Die gemeldeten Geldbeträge, über deren Eingang öffentlich quittiert wird, sollen durch Reichsbank-Giro-Konto oder Postgiro-Konto Berlin 83 461 an das Hefschlo-Steinwägen-Verbandes, Berlin 10, Südamer-Platz 3, zur Gültigkeit auf Betriebskonto (Rechnung) übergeben werden, von wo aus die sofortige Weiterleitung nach Prag erfolgt.

Das jährliche Ringen der kämpfenden Vorkriegsstellungen um das Mitbestimmungsrecht im Betriebe — der Erfolg beruht nur auf dem Ziel und feierlich fortzusetzen materielle Mittel — sowie die Unterstützungsbewegung der Vorkriegsstellungen-Organisationen werden von allen angeführten Arbeitnehmern als erfruchteter Beweis dafür genehmigt werden, daß der Gedanke des Klassenkampfes in weiten Kreisen der Vorkriegsstellungen fest Wurzel gefaßt hat.

30 Prozent Lohnerhöhung fordern die Berliner Bäckergelegen. Sie fahen eine Resolution, in der ein Abzug wie folgt lautet: „Die Verfassung des Bäckerhandwerks ist durch den neuen Brotgesetz, welches ab 15. August zu gelten ist, kein Vermehrung erhöht, aber 6,4 Pf. für Verwertung von Kohle und sonstigen Werten und rund 1,90 Mark für die Erhöhung des Mehles enthalten sein wird.“

Aus aller Welt

Ein gewalttätiger Brand. In Schöneberg-Berlin war gestern vormittags der Arbeiter einer Frau Dr. Schiller, der französische Sergeant Kottet angeschlossen über die Miete mit seiner Wittve in einen heftigen Streit geraten. Im Verlauf der Auseinandersetzung verlor der Sergeant der schwangeren Frau einen Stoß vor die Brust, so daß sie zu Boden stürzte und in Schreitparoxysmen verfiel. Polizeibeamte verhafteten den Brandstifter. Da sich vor dem Saale eine große Menschenmenge angesammelt hatte, die wegen dem französischen Sergeanten eine drohende Haltung einnahm, wurde dieser in einem Automobil zur Hofstraße gefahren. Nach Befestigung seiner Personallisten (er

gehört dem Verwaltungskolleg der französischen Militärüberwachungskommission an) wurde er wieder freigelassen.

Ein Dorf in Flammen. Das Schwarzwalddorf Dörschlag steht in Flammen. Bis zum Abend war ein Drittel der Dörschlag eingeebnet.

Sagelwetter in Holzländern. Wie der Tägliche Anzeiger berichtet, ging gestern abend kurz vor 6 Uhr ein fürchterliches Sagelwetter hier und in der Gegend nieder. Die gesamte Ernte gilt als vernichtet. Sämtliche Gortentriebe wurden vernichtet. Die Zerstörungen an der westliche Seite der Küste sind verheerend. Mehrere Dörfer, die sich im Norden befinden, wurden verheert. Gewitterstürme. An verschiedenen Stellen Sommers sind durch Gewitter schwere Schäden angerichtet worden. Durch Blitzschlag und Feuer wurden eine Reihe Gebäude vernichtet. Im Gemeindefiskus leitete in der Wolterbarcker Wäldt am Stettiner Ost ein Boot. Die drei Insassen ertranken.

Verunglückte Comededelegation. Dosta meldet aus Moskau: Ein Zug mit Delegierten des Generalratkonferenz erlitt auf der Kursk-Bahn einen schweren Unfall. Von den Delegierten wurden Otto Strunat und Gebirg (Deutschland), Hewlet (England), Conjointinow (Ungarn), Freeman (Australien) und der Vorsitzende des Verbandes der russischen Bergwerksarbeiter, Serzewski, getötet.

Ein Kleingärtnertag.

Der Zentralverband Deutscher Arbeiter- und Schrebergärten und der Zentralverband der Kleingärtnervereine Deutschlands veranstalteten am 14. August 1921 zu Bremen einen allgemeinen Kleingärtnerstag, gewinnlos als Fortsetzung des zu Brüggen 1921 zu Neudorf abgehaltenen ersten Kleingärtnerstages. Dieser Kleingärtnerstag war vom Zentralverband der Kleingärtnervereine Deutschlands einberufen. Als hauptwichtigster Beratungspunkt war auf dieser Tagung vorgehen über den Ausbau der aus dem Verbande der Landbesitzer Berlins und Umgebend hervorgegangenen Organisation, die auf breiter demokratischer Grundlage die gesamten Kleingärtnerbetriebe Deutschlands erfassen sollte. Die Tagung war von 87 Delegierten aus allen Gauen Deutschlands besucht und zeitigte das Resultat, daß die Delegierten, die leitens des Zentralverbandes Deutscher Arbeiter- und Schrebergärten an dieser Tagung teilnahmen, einstimmig für die Vereinigung der Kleingärtnerorganisationen eintraten. Hierdurch wurde die erfreuliche Tatsache geschaffen, daß zwei große Organisationen sich zusammenschlossen, um als künftig Vereintes die gesamten deutschen Kleingärtner in dieser Organisation zu erfassen. Der leitens des Zentralverbandes der Kleingärtnervereine Deutschlands vorgeschlagene Satzungsentwurf wurde durch eine hierfür eingesetzte Kommission beraten und von der Tagung einstimmig genehmigt. Die formelle Durchführung lag am 14. August in Bremen stattfinden; die

auch in großer Anzahl anwesenden Vertreter der noch nicht zentralistisch organisierten Kleingärtner Klümpen ebenfalls diesen Beschlüssen zu und so findet der für das deutsche Kleingärtnerwesen hoch bedeutsame Kleingärtnerstag am 14. August in Bremen, Anstatterstraße, Gomerdehaus, Großer Saal, statt. Die deutschen Kleingärtner können jetzt auf mindestens 2/3 Millionen gedrückt werden. Das eine beratige Zahl bei der heutigen Ernährungssituation unter Volkes eine Rolle spielt, dürfte als gegebene Tatsache aus jedem denkenden Menschen anerkannt werden. Daß aber auch dem deutschen Kleingärtner und seinen idealen Bestrebungen die größte Förderung seitens Staat und Kommune angedeihen zu lassen Pflicht ist, dürfte ebenfalls von allen Volkswirtschaftlern anerkannt werden. Das Reichsgesetz Kleingärten und Kleinpachtordnung gibt den Kleingärtner heute schon einen gewissen Schutz und hat ohne Zweifel dieses Recht zum beigetragen, daß das Kleingärtnerwesen in unserer deutschen Republik so gewaltigen Aufschwung genommen hat. Zur Sicherung und Ausbau der Bestrebungen des Kleingärtnerwesens soll diese Tagung am 14. August dienen. Jede Kleingärtnerorganisation Deutschlands ist darum zur Teilnahme eingeladen. Die Einberufer, Geheimrat Bielefeld, Lübeck, für den Zentralverband deutscher Arbeiter- und Schrebergärten, Stadtrat Grandke, Burg bei Magdeburg, für die noch nicht zentralistisch organisierten Vereinigungen, Irmig Franz Steinweg, Berlin 68, Köpenickerstraße 32a, leitens des Zentralverbandes der Kleingärtnervereine Deutschlands, erteilen bereitwilligst jede gewünschte Auskunft.

Juli 1921.

(Frei nach Storm.)

Aling im Wind ein Entsetztes, Seine warm herbeilich; blüht fremd von deutsche Bur: Korns Stadthof, gahle nur! Korn, nun bist du endlich frei, hoch die Deutsche Volkspartei!

Küster übergeh Emm das Brot, letzte Duppel geht tot, Juner, lieber, lobt die zwei: Patentzug und Volkspartei.

Wetterbericht

Sonnabend, 30. Juli. Gewitterregen mit Aufbülung, vielwach.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Willi Danke, für den Anzeigenteil: Wilhelm Gerzau, beide in Halle.

Walfalia-Theater
Sonnabend und Sonntag:
Abschiedsvorstellungen
Gustav Bertram - Marga Peter
mit ihrem Ensemble
in
Das Mädel vom Cabarett
Operettenposse mit Gesang und Tanz
in 3 Akten.
Tageskasse 10-1 und ab 6 Uhr.
Beginn 8 Uhr.

Wittekind und Zoo.
Gastspiel des
Zugpossaunen-Virtuosens
Prof. J. Seratin-Alschausky
am 3. und 4. August.

Bereins-Anzeiger
zur
Bekanntgabe sämtlicher Veranstaltungen
der Sozialdem. Partei,
Bezirksverband Halle, Hauptbüro Dahlitz,
Jan. 42/44, Fernruf 6908.
Für die Redaktion: Nummer 12
Reinh. Dreißer, Heinz Klisch, Schreier,
Rafte: Nummer 38, Hermann Rausmann, Ralfreier,
Wohlfeldnummer 87 575 Leipzig.
Ferner für die dem. Mitgl. deutsch Gewerkschaftsbund
angehörigen Gewerkschaften sowie der
auf dem Boden der Arbeiterbewegung stehenden
sektuellen Vereine.

Wohlfühl (Kress Liebenwerda). Sonntag, den
31. Juli, abends 7 Uhr, öffentliche
Versammlung. Redner ist das Mitglied des
Parteiorganisations, der Landtagsabgeord. Viersen
dort. Und die Besonderen der umliegenden Ortschaften
werden gebeten, recht zahlreich zu erscheinen.

Gräfenhainichen. Dienstag, den 2. August,
Mittagsversammlung im
Schützenhaus. Um schließliches Erreichen der
Mitglieder recht Frauen und Kindern gebeten.
Gäste willkommen. Der Vorstand.

Empfehle diese Woche:
frisches Rindfleisch zum kochen 11-12
und braten
Schweinefleisch 11-12
Rindfleisch 17-18
Rouladen 14
Rindfleischbraten 12
Schweinebraten 15
Rat, vobers, Schwartenwürst . . . 18
Polnische Salsami 22

Robert Hammer, Fleischermeister,
Kleine Klausstraße 2.

Stinnes und seine
600 000 Arbeiter
wieder vorrätig in der
Naumburger Volksbuchhandlung
Markt 10. - Telefon 263.
Buchhandlung Volksstimme, Halle.

Nähmaschinen
ADLER
auf Wunsch leichtere
Zahlungsbedingungen
Karl Möller, Schmeer-
strasse 1.

Wir empfehlen zum Abonnement
Die Neue Zeit
Wochenzeitung
der Deutschen Sozialdemokratie
Preis für das Heft M. 1.50
Jeder Parteigenosse, der sich um die Ent-
wicklung und Klärung der Parteie-
interessen kümmert, sollte auch
Leser der Neuen Zeit sein
Bestellungen werden an der Expedition dieses
Blattes sowie den sämtlichen Parteiposten
entgegengenommen

Kenner kauen Grimm & Triepel.
nur Grimm & Triepel.
Ständig zu haben in grünen und kleinen Posten.
Zigaretten-Versandhaus Emil Friedrich,
Frisenstraße 22. - Telefon 2721.

Wir empfangen heute noch eine Sendung
hochfeine
Matjes-Heringe
weißfleischig, fett und zart und
empfehlen, solange Vorrat, per Stück
160 Pfg.
Telefon
Nordsee 1274, 1275, 5904
Bei Einkäufen
bitten wir unsere Parteigenossen und Leser
sich auf die Inserate in der „Volksstimme“
zu beziehen.

Bitte, sofort bestellen!
Der Wahre Jacob
Einsige, farbige gedruckte humoristisch-
litterarische Zeitschrift der Sozial-
demokratischen Partei Deutschlands
Erscheint alle vierzehn Tage
Preis der Nummer 60 Pf.
Bestellungen werden entgegengenommen von
der Expedition dieses Blattes und von
sämtlichen Parteiposten

Christian Glaser
Große Klausstraße 24. - Fernruf 6138
Grüden, Spar-Kochherd, Kochöfen
+ Kupferne Waschkessel + +
Werkstatt für sämtliche Ofen u. Herd-Reparaturen

Stellen finden.
Maurer J.E. Möbus,
Wassergäßchen,
Ammendorf.

Mietsgesuche
Wohnungstafel.
Wer tauscht Wohnung
aus Stube, Kammer u. Küche
in Halle mit gleicher Wohn-
ung in Merseburg. Off.
u. V. St. 99 an den Ver-
der „Volksstimme“.

Für die Hitze
Netze
Hosen
leichte Mützen, Hüte,
Sommertragen.
G Liebermann
Geiststraße 42.

Bohnerwachs
gelb und weiß.
Für farbige
binoleum
rotbraun und grün
Bohnerwachs
mit Farbe für
abgelauene Fußböden
1 Pfund nur 10.- Mark.
Drogerie
Max Rädler
nur Rannische. 2
Ecke S. 3. 3. 3. 3.

Spülapparate und
Spülmittel
C. Klappenbach,
Gr. Ulrichstraße 41.

Stadt-Theater
Sonnabend, den 30. Juli 1921
Anf. 7 1/2, End. 10 1/2 Uhr
Wilhelm Tell
Sonntag nachm.:
Prinz Friedrich von
Homburg
Sonntag abend:
Der Rosenkavalier.

Sonder-Konzert
vom Philharmonischen
Orchester, Gastdirigert
Franz von Blon aus
Berlin, Komponist der
bekanntesten Solognolles.
(Abonnement frei.)

Empfehle zum Kinderfest
Seidenband in allen Farben
und Breiten.
Strümpfe, schwarz, braun
und weiß.
Farbige Wadenstrümpfe
Kinder-Hemden u. Hosen
Untertailen . . Korsetts
Lackgürtel, Sportgürtel,
Hosenträger
Dürbecks Nachf. Martha Schladitz
Merseburg, Markt 21.

Billige Teller
und Tassen.
Vollständige Auswahl in
Kaffeezwecken, Rüchens, Waschanlagen,
„ Kristall, Schiffs- und Porzellan.“
Otto Kenner, Merseburg,
vormals Markt 18. Jetzt im Geleitschloß,
Gand 1.

Der berühmte **Shagschnitt**
wieder eingefroren!
Schr beliebt, wundervolle Blattware.
Paket 100 gr 4 75
Pkt. 1150
Paket 1150
Schauenster bitten wir stets zu beachten.
LETACO G. m. B. H.
Leipziger Tabakhaus, Halle a. S.
Hauptgeschäft: Mauerstr. 1 am Franckeplatz;
2. Geschäft: Kohlischütterstr. 1. 3. Geschäft:
Friedstr. 5, Eing. Reilstr. Art. 4721.

Halle und Saalfreisorte.

Halle, 29. Juli 1921.

Eine eigenartige Kombinationsfähigkeit

entwickelt das hiesige Kommunistenblatt in seiner letzten Ausgabe. Auf seiner ersten Seite teilt es mit, daß die "Tribüne" vom 28. Juli an auf 10 Tage verboten ist. Das Verbot hat eine Verordnung des Oberpräsidenten Höring zur Grundlage und stützt sich auf den Artikel 115 der Reichsverfassung. In der Verordnung wird angegeben, daß die "Tribüne" in letzter Zeit die Arbeiterklasse zum einseitigen und geschlossenen Kampf aufgefordert hat, wodurch die Ordnung und Ruhe in der Provinz gefährdet wurde.

Die "Tribüne" ist gestern also nicht erschienen, dafür aber "Der rote Krieger", das Leipziger Kommunistenorgan. Die Kommunisten von Halle waren also keine Sekunde verlegen und fanden einen prächtigen Ausweg. Es ist nun interessant zu verfolgen und zeigt auch die ganze Verlogenheit und elende Demagogie der geistigen Lehren der "Tribüne", wie sie ihren eigenen Meiß machen wollen. Das Verbot hat nur (man lasse nicht) die "Tribüne" an diesem Verbot die Schuld trage. An Argumenten, und wenn sie sie aus dem nächsten Schlamloch holen wollen, sind diese Herren nie verlegen, wo es gilt, der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung ein auszuweichen. Der Beweis, daß die "Volksstimme" Ursache des Tribünenverbotes ist, entnimmt der "rote Krieger" aus einer kleinen Notiz, die wir am 25. Juli unter der treffenden Überschrift: "Die kommunistische Dreifachblätter" drachten, und worin wir unter anderem über die fortgesetzte infame Bekämpfung der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung durch die "Tribüne" Ausdrück ausgesprochen haben. Das Kommunistenblatt seinen Lesern eine bezügliche Kombination aufmachend, zeigt nur zu deutlich, in welcher geistigen Verwirrung sich diese Herren befinden. Was fragen sie danach, daß diese einfältige Behauptung und neuerliche Verleumdung selbst von den eigenen Anhängern nicht geglaubt wird? Es heißt doch nicht über eine witzigste Art Aufmachung! Zum Verbot selbst geht unsere Meinung dahin, daß wir dieses Mittel nicht als wirkungsvoll ansehen können, denn kommunistischen Propaganda zu begegnen. Man soll nicht ohne dringende Not ein Zeitungsverbot verfügen, wenn es aber nicht zu umgehen ist, dann sollten die Gründe, als allgemeine Gründe wie bei diesem Verbot, angeführt werden. Es erheben sich außerdem dringend geboten, darauf hinzuweisen, daß im Interesse der Gerechtigkeit die extreme nationalität-reaktionäre Presse, die in der Verleumdung und verhetzten Aufwühlung zur Gabelstapler der geselligen Organisationen kam hinter den kommunistischen Organen steht, ebenfalls eine gewissenhafte Beurteilung und Bekämpfung unterliegen muß. Wir sind keine Freunde von Zeitungsverboten, außer, wenn sie erfolgen, fordern, daß keine Unterschiede zwischen rechts und links gemacht werden.

Gondergericht.

Wie die rote Armee in Weena zugebend kam.

Der Angeklagte Karl Franke aus Bad Kösen hat am Donnerstag in Weena seinen Lohn nicht erhalten. Er beschwerte sich deshalb am Karfreitag nachmittags nach den Werken und wußte in der Kantine seinen Weiler zu treffen. Bei dieser Gelegenheit wurde er von fünf hiesigen Leuten und einer der vertriebenen Kompanien zugeteilt. Er mußte sich den Anweisungen der anderen fügen, um überhaupt Essen zu erhalten. Einmal ist er auch am Jaune des Wertes Hofstegen an den Kassen tätig. Doch beurteilte ihm das Gericht zu 7 Monaten Gefängnis. Bewährungsfrist wurde nicht festgestellt, sondern nur in Aussicht gestellt.

Auch Otto Weidling aus Löbau schloß sich während des Aufstandes in Weena der 3. Kompanie an. In demselben Dienst hat er nicht verrichtet. Doch liegt nach Ansicht des Gerichtes ein Verdacht auf einen bewußten Hehl vor. Auch Weidling wird zu 7 Monaten Gefängnis verurteilt.

Der Schiffer Fröhde aus Halle jagt mit anderen Kommunisten am Karfreitag in das Mansfelder Land. Er schloß sich dort der roten Armee an und kam zu der "Armeegruppe", die nach seiner Angabe unter Kommando von Kettner stand. Er ist nun mit einem Karabiner Besetzung am Gisdorfer Bahnhof der Schupo gegenübergelegen. Später wurde er mit anderen auf ein Auto verladen und nach Leuchtturm gefahren, wo es zu einem Schärming mit der Schupo kam und Fröhde verurteilt wurde. Nach dem Scheitern des Aufstandes wurde der Angeklagte Fröhde erst im Juni in Weena festgenommen. Das Gericht beurteilte Fröhde wegen Anschlusses an einen bewaffneten Haufen, Landfriedensbruchs und Verbrechens gegen das Entwaffnungsgebot zu 2 Jahren Gefängnis. 1 Monat Bewährungsfrist wurde angedreht.

Der Arbeiter Franz Richter aus Seidenen wurde von dem Aktionsausschuss getötet aus seiner Wohnung geholt und am Hofstegen geschossen. Als er nicht mehr unter dem unmittelbaren Zwang stand, entfernte er sich ungefähr eine halbe

Stunde später. Er wird freigesprochen, da bei ihm der Entlastungsparagraf 52 anzuwenden ist. Karlich, wenn auch nicht ähnlich ähnlich liegt der Fall bei dem Arbeiter Ernst Winkler aus Altzschütz. Er kam in die Leunamer, um sich nach der Fortsetzung der Arbeitszeit zu erkundigen. Dort wurde er festgehalten und zwangsweise in die 3. Kompanie eingeworfen. Mehrere Fluchtversuche mißlingen. Winkler wurde deshalb ebenfalls freigesprochen. Der Angeklagte Walter Sturm aus Zöschau kam am Gründonnerstag nach Weena, um sein Arbeitszeug zu holen und seinen jüngeren Bruder zur Heimkehr aufzulockern. Er wurde aber festgehalten und in die 3. Kompanie geteilt. Rätelhaf!

Sehn Bedote für sozialdemokratische Arbeiter.

- 1. Du sollst an die Sozialdemokratie nicht nur glauben, sondern die auch sozialistische Wissen und die sozialistische Weltanschauung zu eigen machen.
2. Du sollst dich durch aufmerksam Lesen der "Volksstimme" und sozialistischer Literatur mit den politischen Lagefragen vertraut machen.
3. Du sollst deine Arbeitestellen davon überzeugen, daß weder Proleten noch gleichgültige Beiseitegehen, sondern nur praktische Mitarbeit und zielbewußte Arbeit zum Erfolg führt.
4. Du sollst deshalb bei allen Gelegenheiten für die Sozialdemokratie Partei wirken, der stärksten Partei Deutschlands und der Partei, die wirklich politische Arbeit im Sinne des Sozialismus leistet.
5. Du sollst immer bestrebt sein, der Partei neue Mitkämpfer zuzuführen und darum stets Aufnahmefähigkeit bei dir haben.
6. Du sollst keine Gelegenheit vorbeigehen lassen, um neue Leser für die "Volksstimme" zu gewinnen.
7. Du sollst bei allen Veranstaltungen der Partei - Versammlungen usw. - für zahlreiche Beteiligung sorgen.
8. Du sollst bei allen Anlässen die Partei finanziell stärken, damit die kommunistischen Bestrebungen erfolgreich werden können.
9. Du sollst auch draußen auf dem Lande, an allen Orten, wo du hinfommst, Ortsvertrauensleute gewinnen und deren Adressen unterzüglich dem Parteisekretariat mitteilen.
10. Du sollst nie vergessen, daß du Kämpfer für eine große Idee bist, du sollst daran denken, daß es gilt, unseren Kampf gegen ein besseres Los zu erkämpfen, als es uns beschissen ist. Erinnere dich stets der Weiden und Entbehrungen während des Krieges und arbeite mit aller Entschlossenheit an der Seite deiner Parteigenossen, um die Wiederkehr solcher Dinge unmöglich zu machen.

blieb allerdings, warum der Angeklagte seinen Fluchtversuch gemacht hat. Hoffen hatte er nicht und hat sich auch an seinen Verleumdungen beteiligt. In diesem glaubt das Gericht, daß ein Anschlag auf einen bewaffneten Haufen vorliegt und verurteilt zum 7 Monaten Gefängnis. 5 Wochen Unterjuchungshaft wurden angedreht.

Warnung vor dem widerrechtlichen Beziehen von Wohnräumen.

Die Belegung freier Wohnungen oder freier Wohnungsstellen erfolgt in Halle nach der Magistratsverordnung vom 10. Juli 1920 lediglich durch das Wohnungsamt.

Freierwerbende Wohnungen und Wohnungsstellen müssen innerhalb 3 Tagen, nachdem sie gefälligst sind, oder festgesetzt, daß sie aus einem sonstigen Grunde zu einem bestimmten Termin von dem besagten Wohnungsinhaber verlassen werden, auf dem wohnsrechtlichen Verhältnisse dem hiesigen Wohnungsamts gemeldet werden. Verzug ist die Annahme, daß die Räume erst drei Tage nach dem Freierwerb zu melden sind. Der Wohnungsamtsnachweis fertigt für die in Frage kommenden Wohnungsinhaber einen "Wohnungsbedarfschein" aus und weist mit diesem die Wohnung nach. Zumeilungen auf anderem Wege finden grundsätzlich nicht statt. Weichen sich also Mietverträge, ohne einen Wohnungsbedarfschein des Wohnungsamtes vorliegen zu können, so sind sie ohne weiteres juridisch ungültig. Der "Wohnungsbedarfschein" muß am nächsten Werktag mit der vorzulegenden Erklärung des Vermieters zurückgebracht werden, widrigenfalls je nach der Lage des Falles ein Zwangsmitvertrag verlangt wird oder eine anderweitige Zuweisung auf Grund eines neuen Bedarfscheines stattfindet.

Die Wohnung darf erst dann bezogen werden, wenn der Mietertrag vom Wohnungsamt genehmigt worden ist oder der Mieter eine schriftliche Anweisung zum sofortigen Beziehen der Wohnung vom Wohnungsamts erhalten hat. Ohne Genehmigung bezogene Wohnungen müssen ausnahmslos wieder geräumt werden, erforderlichen Falles mit polizeilichem Zwang, außerdem hat der Vermieter eine Geldstrafe bis zu 10000 Mark zu gewärtigen. So hart solche Räumungen auch für die Beteiligten sein mögen, so kann hierüber doch nicht abgesehen werden, da andernfalls eine gerade Verteilung der freierwerbenden Wohnungen überhaupt unmöglich gemacht werden würde.

Ferner wird darauf hingewiesen, daß Untermieter keine Aussicht auf Zuweisung der ganzen Wohnung haben, sobald diese durch den Vermieter frei wird. Das Untermieterbündnis erlischt mit der Aufgabe des Hauptmietverhältnisses, die Wohnung muß gleichzeitig vom Untermieter geräumt werden. Es kann daher nur dann gewahrt werden, sich in eine in Aussicht liegende freierwerbende Wohnung als Untermieter einzumieten in der Absicht, später die Wohnung zu erhalten. Eine Wohnung wird im übrigen auch von einer Familie als Untermieter wohnrechtlich bewohnt, wenn der Untermietertrag nicht die Zustimmung des Wohnungsamtes gefunden hat.

Besicht bei der Annahme von Nebenerwerb.

Die starke Erwerbslosigkeit und die wirtschaftliche Not der Bevölkerung wird stets von Schwindlern ausgenutzt. Der meistens übliche Weg ist der, daß sie in den Zeitungen im Ingeratenteil Nebenerwerbsarbeit anbieten, dabei aber ihren Namen nicht nennen, sondern sich die Angebote nach irgendeiner anderen Stadt polsternd senden lassen. Die Bewerber erhalten dann regelmäßig einen Prospekt, worin ihnen die glänzenden Aussichten auf Verdienstmöglichkeiten gemacht werden, es dann aber zum Schluß heißt, daß sie vorher eine bestimmte Geldsumme einbringen müßten, weil die Materialien, die ihnen überhand werden sollen, einen gewissen Wert darstellen. Weiber fallen auch viele darauf herein, kommen um ihr Geld, sind um eine Hoffnung ärmer und ärgern sich darüber.

In diesen Tagen verfuhr es wieder einmal ein derartiger pfiffiger Geschäftsmann, sich auf Kosten derer, die nicht alle werden, die Töden auf letzte Art zu fällen. - Wir bekommen einen gebrauchten Prospekt zu Gesicht, an dessen Kopf großartig folgende Firmenbezeichnung steht: Georg Rosenbergs Adressenverlag mit Generalagenturen im In- und Auslande. - Dieser Prospekt zeigt gleich klarer auf den ersten Blick, daß es sich um einen Schwindler handelt, der Zumeist zu fangen läuft. Eine nähere Adresse ist nicht angegeben, sondern die Offerten werden nach Magdeburg unter Postlagerkarte Nr. 63 verlangt. Die angebotene Arbeit (Adressen schreiben) soll so glänzend honoriert werden, wie das noch niemals für eine derartige Arbeit geschah. Auch die übrigen Darlegungen in dem Prospekt (so unter anderem, daß das zukünftige Postamt die Fertigstellung der Waren prüft) sind so unwahrscheinlich, daß der Schwindler offenbar wird. Ganz sicher in seinem Urteil wird man aber, wenn man die beigefügten Bedingungen für die Tätigkeitsübernahme sich ansieht. Danach sind bei Übernahme der Arbeit im voraus zu entrichten für je 1000 Kuranten 10 Mark und abgenommen werden müssen mindestens 2000 Stück. Wer diese 20 Mark einbringt, kann minder sein, daß er sein Geld los ist und von Rosenbergs Adressenverlag niemals wieder etwas erhofft. Unter dem Vorwand der postlagernden Postkarte 63 etwas näher ansieht und ihm selbst eine Beschäftigung zur recht lange Zeit gibt.

Der Landrat bleibt. Aus dem josaenen Regierungsausschuss des augenblicklichen Freisenkabinetts, der "Allgemeinen Zeitung" entnehmen wir, daß der Landrat des Saalfreies, Gen. Thiele, trotz Überzahlungsverweigerung nach bis zum 1. Oktober 1921 im Amte bleibt. Unter dem Vorwand der postlagernden Postkarte 63 etwas näher ansieht und ihm selbst eine Beschäftigung zur recht lange Zeit gibt.

Unberufenes Aufen der Feuerweh. Nach der Mitteilnahme vom gestern abend durch unzustehende Kinder Feuerwehführer abgedruckt wurden, wurde in Lemnunge eines Schachentweisers die Feuerweh gerufen. - In letzter Nacht rüde die Feuerweh nach der Klausstraße. Beim Eintreffen der Wehr stellte sich heraus, daß der Feuerwehder unbenutzt in Tüftel gefahren worden war. Der Täter ist noch nicht ermittelt.

Mordbedrohlich. Geitern vormittag wurde auf dem Bodenmarkt einer Ehefrau ihre Geliebte mit 40 Mk. Anfaß gestohlen. Der Täter ließ sich nicht ermitteln.

Beste Qualitäten

Table with 4 columns of textile products and prices. Items include: Hemdentuch, Wischtuch, Handluchdrell, Zephyr, Bettzeug, Reinleinen Handtuch, Schürzenwarp, Stangenleinen, la Stangenleinen, Bettuchstoff, Köperbarchent, Schürzenstoff, Linon, Köper-Inlett, Schlosser-Barchent, Haus-Cheviol.

Brummer & Benjamin Halle a. S. Große Ulrichstrasse 22-24

